

17. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 25. OKT. 2005

Vorlage Nr. 444 ANTRAG ERGÄNZUNGS-  
Zu TOP 5

-----  
E R G Ä N Z U N G S A N T R A G

der Stadträtinnen Dr. Gisela Splett und Bettina Lisbach, des Stadtrats Klaus Stapf (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 24. Oktober 2005

Luftreinhalteplan für den Bereich Karlsruhe - Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zum Entwurf vom 23.09.2005

Der Gemeinderat beschließt, in die Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zum Entwurf des Luftreinhalteplans für den Bereich Karlsruhe vom 23.09.2005 folgende Empfehlungen aufzunehmen:

1. Verdichtung des Messnetzes und intensivere Betrachtung der Feinstaubproblematik, da auch beim Feinstaub in manchen Stadtteilen eine gesundheitlich relevante Belastungssituation vorliegt und zudem Grenzwertüberschreitungen auch in Karlsruhe möglich sind.
2. Erarbeitung unterschiedlicher Prognoseszenarien hinsichtlich zu erwartender Luftbelastungen unter Berücksichtigung geplanter Infrastrukturmaßnahmen wie 2. Rheinbrücke und Nordtangente.
3. M3 ergänzen: Lkws von Subunternehmen, die im Auftrag der Stadt oder auf Grundlage eines Vertrages mit der Stadt unterwegs sind, müssen dieselben Standards einhalten wie die städtischen LKWs.
4. M5 und M6 streichen: Die beiden Maßnahmen dienen nicht der Luftreinhaltung. Der Ausbau der B36 könnte verkehrsinduzierende Wirkung haben und damit zu steigenden Belastungen beitragen.
5. M7 ändern/ergänzen: Erarbeitung von Vorschlägen zur Steigerung der Attraktivität von Park and Ride sowie zügige Einrichtung weiterer Park-and-Ride-Stellplätze. Im Entwurf des Luftreinhalteplans wird eine Umsetzung "frühestens 2010" in Aussicht gestellt. Das ist angesichts der Dringlichkeit von Luftreinhaltemaßnahmen nicht akzeptabel.
6. M8 und M9 nur im Rahmen konkreter Planungen und nach genauer Prüfung: Insbesondere dürfen Maßnahmen zur Lenkung und Verflüssigung des Verkehrs nicht zu Lasten von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gehen.
7. M10 ergänzen: Konkretisierung der Planungen/Aussagen zum Ausbau des Stadt- und Straßenbahnnetzes (inkl. regionalem Streckennetz).
8. M12 ergänzen: Umweltstandards für Busse von Subunternehmen an die der VBK angleichen (bei Vertragserneuerung Euro 3 Norm).
9. M13 konkretisieren: Ausbau Radverkehr entsprechend dem

20-Punkte-Programm.

10. Zusätzlich aufnehmen: Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in der Innenstadt durch Erhöhung der Parkgebühren. Die zusätzlichen Einnahmen sollten gezielt einer Förderung des ÖPNV zugute kommen

(z.B. Änderung einzelner Tarifzonen zur Attraktivitätssteigerung von Park and

Ride). Zudem Abbau bestehender MIV - induzierender Maßnahmen, wie kostenlosem

Parken und Bewerben des innerstädtischen Parkraumangebots an Einfallstraßen.

11. Zusätzlich aufnehmen: Konzept für Innenstadtbegrünung mit dem Ziel, die lufthygienische Situation zu verbessern.

12. Zusätzlich aufnehmen: Förderung Mobilitätsverbund durch Ausbau der Mobilitätsberatung und Maßnahmen wie z.B. Gepäckaufbewahrung.

13. Zusätzlich aufnehmen: Verträglichkeitsanalysen für die Bauleitplanung und Infrastrukturmaßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf

die Luftbelastungen

14. Zusätzlich aufnehmen: Freihaltung von Frischluftschneisen bei Baumaßnahmen bzw. der Ausweisung von Baugebieten.

15. Zusätzlich aufnehmen: Erarbeitung eines Güterverkehrskonzepts für die Region.

16. Zusätzlich zur Prüfung aufnehmen: Geschwindigkeitsbeschränkungen zur

Reduzierung der Luftbelastungen.

17. Zusätzlich zur Prüfung aufnehmen: Einrichtung von Umweltzonen zur Einführung einer nach Kfz-Schadstoffklassen gestaffelten City-Maut.

Sachverhalt/Begründung:

Zwischen 30.09. und 28.10.2005 liegt der Entwurf des Luftreinhalte-/Aktionsplans für den Regierungsbezirk Karlsruhe - Teilbereich

Karlsruhe öffentlich aus. Auch die Stadt Karlsruhe ist zur Stellungnahme aufgefordert.

Obwohl der Straßenverkehr im vorliegenden Entwurf eindeutig als Hauptverursacher für die Luftbelastungen und zu erwartenden Grenzwertüberschreitungen in Karlsruhe ausgemacht wird, enthält der Plan wenig konkrete Forderungen zur Reduzierung des Schwerlast- und Pkw-Verkehrs in unserer Stadt.

Wir meinen, dass der Luftreinhalteplan vielmehr zum Anlass dienen sollte, eine

echte Wende in der Karlsruher Verkehrspolitik einzuleiten. Entscheidend wird

sein, den Modal-Split zugunsten des Umweltverbundes aus ÖPNV, Fahrrad- und

fußläufigem Verkehr zu verschieben. Hierzu sind konkrete und messbare Ziele

festzusetzen, deren Umsetzung im Laufe der nächsten Jahre laufend überwacht

werden muss.

Daneben enthalten die oben aufgeführten Änderungsvorschläge Maßnahmen zur Verbesserung der lufthygienischen Situation Karlsruhes über Instrumente der

Regional-, Kommunal- und Freiraumplanung.

Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat erneut mit dem Luftreinhalteplan

befasst wird, sobald die Wirkungsanalysen für die im Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen vorliegen.

gez. Dr. Gisela Splett  
gez. Bettina Lisbach  
gez. Klaus Stapf

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
24. Oktober 2005

Stellungnahme: